

Noch Hoffnung für EXIT?



Die Aussteigerinitiative EXIT hat bislang mehr als 300 Neonazis geholfen, aus der rechtsextremen Szene herauszufinden. Jetzt bangt EXIT um seine Zukunft. Da EXIT nach acht Jahren erfolgreicher Praxis kein Modellprojekt mehr ist, fällt die Förderung mit Bundesmitteln ab 1. Oktober flach. Protest kommt aus den Reihen der Grünen und von der SPD ein Signal...

Zusammengestellt von Holger Kulick

EXIT-Deutschland ist eins der wichtigsten Projekte der Berliner Amadeu Antonio Stiftung und der stern-Aktion Mut gegen rechte Gewalt. Bedrohliches steht derzeit auf der Homepage der Neonazi-Aussteigerorganisation., die bislang rund 350 Neonazis helfen konnte, Abstand von ihren rechtsextremen 'Kameraden' zu gewinnen. Die Initiative, die seit Herbst 2000 besteht, ist staatsunabhängig, aber dennoch auch auf Mittel aus staatlichen Förderprogrammen angewiesen - die nur noch einen Monat fließen. Fehlende Innovativität sei der Grund für das Auslaufen der Unterstützung. Ein absurdes Kriterium für ein Projekt, das innovativ war, mit jedem Einzelfall neue Wege beschreitet und extrem erfolgreich funktioniert - aber dazu kontinuierliche Förderung bräuchte. Nun heißt es auf der [EXIT-Homepage](#) mit sarkastischem Unterton:



"EXIT-Deutschland wird spätestens in der bisherigen Weise per 31.12.2008 die Arbeit einstellen. Wie

EXIT-Deutschland neu aufgestellt wird, werden die Möglichkeiten ergeben, die gegenwärtig recherchiert und angebahnt werden. Dazu gehört auch, wie schon 2006 in einer ähnlichen Situation, die Orientierung auf den Markt... Von der Situation ist nicht nur EXIT-Deutschland betroffen. Es wirkt sich auch auf die Existenz der EXIT-Familienhilfe aus, die zur gleichen Zeit ihre Arbeit einstellen wird, obgleich Finanzierungen für einen Teil der Arbeit und des Personals vorhanden sind.

Wir danken dem zuständigen Bundesministerium für den vollzogenen Schritt, das Gebäude einstürzen zu lassen, wissen wir doch jetzt nachhaltig was von den Worten der Politik, besonders derjenigen, die besonders gegen den Rechtsextremismus anzugehen auffordern, zu halten ist. Zugleich wirft das auch ein Licht auf deutsche Wissenschaft, die bisher wenig leistete, für geringes Geld zu fast jeder Aussage bereit ist und sich ideologischen oder ahnungslos geschöpften Kriterien hingibt. Das Vertrauen gegenüber der Politik liegt bei Null. Trotzdem lohnt der Ausstieg, da sind sich alle einig, weil es einem selbst dient und ein Akt persönlicher und politischer Selbstbestimmung und Neuorientierung ist, was nicht unbedingt die Liebe zu den heutigen Politikern einschließen muss. International wird der Schritt bemerkt werden, nicht zuletzt werden wir darüber mit unseren Partnern und den Medien sprechen..."

EXIT stehen momentan nur noch rund 60.000 Euro zur Verfügung, die von der Amadeu Antonio Stiftung und Freudenberg Stiftung zugeschossen werden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hatte sich entschieden, seine Förderung für EXIT nicht fortzusetzen. Laut Bernd Wagner bleiben die Aussteiger, die momentan noch betreut werden "in der Luft hängen". Dies seien gegenwärtig noch etwa 40 Aussteiger und "auch einige dramatische Fälle dabei".



Am 4.9. berichteten auch die ARD-Tagesthemen über den die derzeit ausweglose Situation für EXIT und der EXIT-Familienhilfe: <http://www.tagesschau.de/inland/exit102.html>.

Das drohende Aus wird, wie kaum anders zu erwarten, von der Neonaziszene heftig begrüßt. Im Blog des Berliner Zentrums Demokratische Kultur fasst Dierk Borstel in einem Eintrag zusammen, auf was er bei einem Streifzug durch rechtsextreme Websites stieß:

"Das mögliche Ende von EXIT-Deutschland löst eine Welle der Freude und Zufriedenheit aus. In ersten, rechtsextremen Internetchats wird die bisher fehlende Zusage zur Weiterfinanzierung des Projekts wohlwollend registriert.

Eine Analyse rechtsextremer Fanzines (erscheint in Kürze) zeigt, dass EXIT-Deutschland eines der wenigen bürgergesellschaftlichen Projekte ist, die von rechtsextremer Seite intensiv beobachtet werden. So wurde in rechtsextremen Strukturen zur Arbeit von EXIT der Nachwuchs geschult und vor seinen Mitarbeitern und Methoden explizit gewarnt. Nur die staatlichen Repressionsorgane werden ähnlich häufig in den rechtsextremen Medien erwähnt.

Das mögliche Aus des Projektes wird in den Chats als Signal gewertet, dass bürgergesellschaftliches Handeln gegen Rechtsextremismus nicht ernst gemeint sei. Besondere Zufriedenheit löst jedoch ein anderer Zusammenhang bei den Schreibern aus: Ausstieg würde wieder das werden, was es mal war: ein im Einzelfall auch (lebens-)gefährlicher, individueller und allein durchzuführender Schritt aus der Szene heraus, ohne Unterstützung sowie ohne Wegbegleitung und damit eine abschreckende Idee und Perspektive für mögliche Ausstiegskandidaten." (Quelle: <http://blickpunkt-zdk-berlin.blog.de/2008/09/11/freudenfeuer-dank-exit-aus-4715201>)

Am 8.9. hat als erste Politikerin die Rechtsextremismusexpertin der Grünen im Bundestag, Monika Lazar, auf das drohende EXIT-Ende reagiert und einen Appell an die Bundesregierung gerichtet:

"Es ist skandalös, wie sich das Bundesarbeitsministerium mit einem ablehnenden Förderbescheid nun einfach aus der Verantwortung für so viele menschliche Schicksale stehlen will. EXIT Deutschland ist ein erfolgreiches, bürgerschaftliches Projekt, das mittlerweile knapp 300 ehemalige Nazis beim Ausstieg begleiten konnte. Diese mutige Arbeit muss von der Bundesregierung honoriert und nicht sabotiert werden! Das europäische Sonderprogramm XENOS besitzt genügend Mittel, um EXIT wie bisher mit 90.000 Euro jährlich zu unterstützen. Das ist keine Frage des Geldes, sondern des politischen Willens. Wenn die große Koalition den Rechtsextremismus in unserem Land wirklich ernsthaft ablehnt, darf sie Ausstiegswillige jetzt nicht im Stich lassen. Sie muss Menschen aus der Nazi-Szene eine realistische Chance zur Reintegration in unserer demokratischen Gesellschaft bieten. Die verängstigten, traumatisierten und verunsicherten Ex-Nazis, ihre PartnerInnen und Kinder, sind auf eine kompetente und verlässliche

Anlaufstelle angewiesen. Oft sind jahrelange psychosoziale Begleitung und Schutz vor Racheakten aus der rechtsextremen Szene vonnöten. Wer kümmert sich um diese Probleme, wenn die EXIT-MitarbeiterInnen aus Geldmangel gekündigt werden? Wir fordern die große Koalition auf, eine Verlängerung der Förderung aus dem Bundesprogramm XENOS sicherzustellen! Der Staat muss beweisen, dass unsere demokratischen Institutionen den Hilfe suchenden Menschen mehr Gemeinschaft und Schutz bieten als jede Nazi-Kameradschaft."

Signale aus der SPD

In der SPD als Regierungspartei nahm sich der Bundestagsabgeordnete Rolf Mützenich der Frage an. Auf 'abgeordnetenwatch.de' hat er am 10.9. ein Signal an die EXIT-Macher formuliert - als Antwort auf eine Leseranfrage. Hier der Wortlaut von Frage und Antwort, die offensichtlich mit Verantwortlichen für die EXIT-Förderung im Sozialministerium abgestimmt wurde

(http://www.abgeordnetenwatch.de/dr_rolf_muetzenich-650-5492--f133722.html#frage133722)

Frage:

Sehr geehrter Herr Dr. Mützenich, ich höre mit großer Bestürzung, daß die Förderung von EXIT aus öffentlichen Mitteln eingestellt werden soll. Sollten die Gründe in Fehlverhalten der Leitung liegen wie etwa schlampiger Umgang mit Fördermitteln, unterstütze ich das. Sollte es inhaltliche Gründe haben, wäre ich dankbar, zu erfahren, welche das sind. Jedenfalls scheint mir die Arbeit von EXIT, wie ich sie bisher kennengelernt habe, absolut unterstützenswert. Jeder Euro, den der Staat dafür ausgibt, Aussteigern aus rechtsradikalen Vereinigungen Hilfetellung zu leisten, scheint mir ausgezeichnet angelegt. Darüberhinaus sendet die staatliche Förderung einer solchen Institution ein Signal an die rechtsradikale Szene: ihr seid hier nicht gewünscht! Was ist das für ein Signal, mit dem die Unterstützung für EXIT eingestellt wird? Ich bitte Sie, vehement für die Weiterförderung von EXIT einzutreten! Ebenso wäre ich dankbar für mehr Informationen zu den Hintergründen für das Ende der Förderung der Organisation staatlichen Mitteln.

Mit freundlichen Grüßen, Gabriele Merci

Antwort:

Vielen Dank für Ihre Frage. EXIT-Deutschland ist eins der wichtigsten Projekte der Berliner "Amadeu Antonio Stiftung" und der Stern-Aktion "Mut gegen rechte Gewalt". Die Initiative, die seit Herbst 2000 besteht und die bislang rund 350 ausstiegswilligen Neonazis helfen konnte ist staatsunabhängig, aber dennoch auch auf Mittel aus staatlichen Förderprogrammen angewiesen. EXIT wurde bereits als erfolgreiches Projekt aus den Bundesprogrammen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, seit letztem Jahr dann aus dem Programm XENOS des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Das Bundesprogramm "XENOS - Integration und Vielfalt" verfolgt das Ziel, präventive und nachhaltige Aktivitäten zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu fördern. Wie Sie sicher wissen, können die Bundesprogramme nur modellhafte Maßnahmen fördern, die zeitlich begrenzt sind. Die SPD-Bundestagsfraktion sucht deshalb schon länger nach einer Möglichkeit, die wichtige Arbeit gegen Rechtsextremismus, die viele Projekte und Träger erfolgreich leisten, endlich auf eine langfristige finanzielle Basis zu stellen, zum Beispiel durch eine Stiftung. Daran arbeiten wir. Was EXIT betrifft, ist Seitens meiner Kollegin Kerstin Griese bereits ein Schreiben an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Vorbereitung, das sich ausdrücklich für die Weiterförderung ausspricht. Ich unterstütze ausdrücklich diese Bitte. Ich hoffe, dass sich so noch ein Förderweg finden lassen wird.

In der Hoffnung Ihre Frage damit beantwortet zu haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen, Rolf Mützenich...".

Zur Homepage von EXIT: <http://www.exit-deutschland.de>

Neuer AKTIONSKREIS EXIT gegründet: <http://www.exit-deutschland.de/EXIT/Startseite/E1197.htm>

Mehr über das drohende Aus von EXIT in den Tagesthemen vom 6.9.2008:

<http://www.tagesschau.de/inland/exit102.html>

Mehr über Aussteiger: http://www.bpb.de/themen/QXUKZK,0,0,Schwerpunkt%3A_Aussteiger.html

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de - hk

08.09.2008

KOMMENTARE